

Klimahysterie und Fakeprognosen: Die heißesten Tricks unserer Klimajournalistenden (Adlerauge #1)

geschrieben von Admin | 22. August 2025

Der Sommer 2025 neigt sich dem Ende zu. Und eines kann man schon jetzt mit Sicherheit sagen: Neue Temperaturrekorde wird dieser Sommer nicht mehr bringen. Jedenfalls nicht in Deutschland. Dabei hatte alles so spektakulär angefangen: „Hitzesommer, Tropensommer, Jahrhundertsummer“ waren die Schlagwörter, die ab Mai wochenlang durch die Medien geisterten. Doch was ist damals wirklich passiert?

von Marco Pino Tronberend

In seinem neuen Youtube-Format „Adlerauge“ widmet sich der Filmemacher Marco Pino den Tricks, mit denen Leitmedien „das Narrativ von der unmittelbar bevorstehenden Klimakatastrophe aufrechterhalten, selbst wenn der deutsche Sommer sprichwörtlich ins Wasser fällt“, wie Pino gleich zu Beginn des Videos ankündigt. Und genau das ist Anfang Juli passiert: Nach wenigen heißen Tagen, die aber weit von den prognostizierten Rekordwerten entfernt waren, kam wochenlang Regen über das bis dahin noch angeblich von Dürre geschundene Land. „Ein Sommer, wie er früher einmal war“, titelte irgendwann eine verzweifelte Bild-Zeitung, die ihren Lesern höchst selbst noch wenige Wochen vorher „Hitze und Sonne den ganzen Sommer lang“ versprochen hatte.

Aber Halt: In Deutschland mag der Sommer zwar eher mau gewesen sein, aber was war bitte schön im Mittelmeerraum los? Las man nicht ständig von wochenlangen Megahitzewellen, neuen Temperaturrekorden und Ausnahmezuständen? Und mahnte nicht Deutschlands oberster Klimapriester Harald Lesch in seiner jüngsten Terra-X-Klimadoku, man könnte ja eigentlich nicht mehr guten Gewissens in den Urlaub fliegen, schließlich tobe im Mittelmeerraum die Klimakrise wie kaum irgendwo sonst? Dem hält Pino – seines Zeichens selbst Deutsch-Spanier – Bilder von der Costa del Sol entgegen, die bei manch einem geschundenen deutschen Steuerzahler spontane Auswanderungsgelüste entfachen könnten. Und Pino erklärt: „Heiß war es hier auch in den 1980ern schon“. Von seiner andalusischen Oma habe er gelernt, dass jedes Jahr mindestens drei Hitzewellen übers Land kommen. Neu sei nur, „dass seit einigen Jahren im fernen Deutschland über Hitzewellen in Spanien berichtet wird“. Und wie: Mit Headlines, die wie das „klimatische Armageddon“ anmuten.

Und mehr noch. Pino zeigt in seinem Film einige Tricks, die vielen EIKE-Lesern wohlvertraut sein dürften. Einer davon: Man nimmt Extremwerte aus

einer lokalen Hitzeinsel und verkauft sie seinen Lesern als „ganz Südeuropa“, „Mittelmeerraum“ oder „Urlaubsländer“. So geschehen Anfang Juli, als im andalusischen Niemandsland in einem mickrigen Ort namens „El Granado“ ein neuer Juni-Rekord gemessen wurde: 46 Grad. Der Wert ging rauf und runter durch die Medien. Allerdings: In der berühmten spanischen Hitzehochburg Sevilla, bekannt als eine der heißesten Städte Europas, wurden zur selben Zeit fast vier Grad weniger gemessen. Schon das wirft Zweifel auf an der – allerdings auch Spaniens Meteorologiebehörde AEMET bestätigten – Rekordmessung aus El Granado. Aber nicht nur das. Wie Pino auf Basis offizieller Messwerte zeigt, war es anderswo in Spanien deutlich Kühler, vor allem an den Küsten. So kamen Barcelona im Norden und Malaga im Süden am selben Tag nur knapp über 30 Grad. Auf Mallorca herrschten – für viele Menschen nach wie vor recht angenehme – 35 Grad. In vielen Medien aber wirkte es so, als schwitze ganz Spanien bei 46 Grad, was vielleicht auch daran lag, dass viele Berichte mit Bildern von Menschen am Strand versehen waren.

In einem anderen Fall schildert der Filmemacher, wie der WDR eine Hitzewelle in Griechenland auch auf Spanien ausdehnte, während dunkle Wolken über die Costa del Sol zogen und das Thermometer kaum über die 30-Grad-Marke kam. Derselbe WDR erklärte unterschwellig auch das südostanatolische Sirnak zur südeuropäischen Seebad am Mittelmeer, nachdem dort 50,5 Grad gemessen wurden. Wohlgermerkt: 60 Kilometer entfernt von der Grenze zum Irak. Und Pino schlussfolgert, was jeder EIKE-Leser unterschreiben wird: Geht es um Klimafragen, dann gilt offenbar „Ideology first“, dann wird selbst jeder noch so große Unsinn verbreitet, Hauptsache er passt ins politisch gewünschte Narrativ.

Die Erstausgabe von Marco Pinos Adlerauge endet mit dem jüngsten Hitzewellchen Mitte August in Deutschland. Und Pino stellt fest: „Kaum wird's Wetter wieder schön, drehen sie alle wieder durch“. Und zeigt, wie erneut übertriebene Prognosen durch die Medien gingen – und was davon tatsächlich eingetreten ist. Oder besser gesagt, nicht eingetreten ist. Aber schauen Sie selbst!

Vielen EIKE-Lesern dürfte Marco Pino vor allem von seinen großen Dokumentationen für die Junge Freiheit in Erinnerung sein. In Mythos Klimakatastrophe (2019) und Mythos Energiewende (2021) wirkte auch EIKE-Vizepräsident Michael Limburg mit. In seinem neuen Kanal will sich Pino, wie er am Ende des Films erklärt, einem breiten Themenspektrum widmen und „an die Grundlagen ran“. Das Klima mache aus gegebenem Anlass den Anfang, als nächstes stünde das Thema Walbrände auf dem Programm. Wir sind gespannt!

NRW und die verbrannte Erde von Schwarz-grün

geschrieben von Admin | 22. August 2025

Trump stoppt Offshore-Wind-Anlagen in den USA. RWE flieht zurück ins deutsche Subventionssystem. In NRW opfert Schwarz-Grün mit dem vorgezogenen Kohleausstieg, zeitgleich Versorgungssicherheit und Industrie und Naturschutz.

von Holger Douglas

Donald Trump hat in Schottland erneut gegen Offshore-Windparks gewettert. Bei seinem Flug über die Nordsee auf seinen schottischen Golfplatz sprach er angesichts der gigantischen Anlagen der Windindustrie von einer „Verunstaltung“ und betonte, in den USA den Bau solcher Anlagen zu verhindern. Nicht zum ersten Mal übrigens hat Trump diese Windradanlagen kritisiert, das tat er auch schon bei früheren Besuchen.

„Er hat die Finger in die Wunde gelegt und hat auch darauf hingewiesen, dass er in den USA alles tun werde, damit keine Windanlagen hinkommen und die Landschaft nicht weiter zu zerstören“, sagt Rechtsanwalt Thomas Mock im Gespräch mit dem TE-Wecker.

Das hat erhebliche Folgen auch für Deutschland: Diese Ankündigung trifft deutsche Energieunternehmen wie RWE unmittelbar. RWE muss geplante Projekte in Amerika stoppen und verlagert Investitionen verstärkt ins EEG-Subventionssystem hierzulande. Dabei hatte das Unternehmen große Ausbaupläne in den USA – sowohl onshore als auch offshore – und muss diese nun wegen der politischen Unsicherheit auf Eis legen. RWE dürfte sich jetzt stärker auf den deutschen Markt konzentrieren. Der jedoch hängt mittlerweile vollständig von Subventionen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ab. Mock: „Damit ist RWE auf dem besten Weg, ein völlig von Subventionen abhängiger Konzern zu werden, denn immer mehr Offshore- und Onshore-Anlagen von RWE in Deutschland kommen nur mit Hilfe des EEG zustande.“

Besonders in Nordrhein-Westfalen zeigt sich, wie stark politische Entscheidungen die Energieversorgung prägen und welche verheerenden Folgen dies hat.

Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) und die Grünen haben mit geänderten Landesentwicklungs- und Regionalplanungen den Kohleausstieg auf 2030 vorgezogen – und zugleich dafür gesorgt, dass eine spätere Rückkehr praktisch ausgeschlossen ist.

Ursprünglich war der für 2038 geplant; doch auf Druck der Grünen und von Robert Habeck hat Wüst auch zugestanden, dass die komplette Landesplanung für die Kohlekraftwerke und die Tagebaue geändert werden muss. Kräftig mitgerührt hat auch Mona Neubaur, die grüne Ministerin „für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie“ sowie stellvertretende Ministerpräsidentin des Landes NRW.

Eigentlich sollte der vorgezogene Ausstieg noch einmal überprüft werden, ob der realisierbar ist. Doch diesen kleinen Notausstieg haben CDU und Grüne gekippt. Das bedeutet: der sogenannte „Kohleausstieg“ bereits 2030 gilt. Genehmigungen für benötigte Tagebauflächen wurden entzogen, ganze Abbaufelder aus der Planung gestrichen. Selbst wenn politisch gewollt, würde ein neues Genehmigungsverfahren mindestens zehn Jahre dauern.

Das bedeutet auch: Der gesamte Kraftwerkspark steht ohne Brennstoff da. Denn die sind auf die Braunkohle aus den Tagebauen angewiesen. Es handelt sich um 20 Jahre alte hochmoderne Anlagen mit Braunkohle-Optimierter-Anlagentechnik (BOA), die bis zu sensationellen 40 Prozent Wirkungsgrad haben. Damit verlieren moderne Braunkohlekraftwerke also schon ab 2031 ihre Brennstoffbasis – obwohl sie technisch noch Jahrzehnte laufen könnten.

Für die Versorgungssicherheit ist das fatal“, so Thomas Mock weiter im TE Wecker-Gespräch. Gaskraftwerke, die den Wegfall ausgleichen könnten, sind nicht in Sicht – und wenn sie kommen, oft mit LNG-Brennstoff, der laut Studien bis zu 80 Mal klimaschädlicher sein kann als Kohle.

Die Industrie in NRW – auf günstige Energie angewiesen – verliert so ihre wirtschaftliche Grundlage.

Weitere Folge: Investitionszurückhaltung und Abwanderung. Der Essener Energiekonzern RWE profitiert zwar kurzfristig von lukrativen EEG-Vergütungen, vor allem im Onshore-Bereich, doch die langfristigen Kosten für Verbraucher und Staat sind enorm: Bei einem flächendeckenden Ausbau mit heutigen Fördersätzen drohen Zahlungsverpflichtungen in Billionenhöhe über die nächsten 20 Jahre. Gelder, die einen Staat überfordern.

Parallel dazu ist der Naturschutz unter die Räder gekommen. Seit 2022 hat die Bundesregierung zahlreiche Artenschutzregelungen zugunsten der Windkraft abgeschafft oder verwässert. Neue EU-Vorgaben (RED III) und nationale Gesetzesänderungen erlauben Genehmigungen nahezu ohne Rücksicht auf Vogel- und Fledermausarten. Betreiber können zudem rückwirkend alte Auflagen streichen lassen – 20 Jahre Naturschutzbemühungen werden so per Änderungsantrag nach Bundesimmissionsschutzgesetz ausgelöscht. Selbst die Deutsche Wildtierstiftung schlägt Alarm, doch die Politik hält an der Bevorzugung der Windlobby fest.

Die grüne Zerstörerinnen Neubaur will NRW „zur ersten klima-neutralen Industrieregion Europas“ machen. „Wer nicht an Wunder glaubt, ist kein

Realist“, zitiert sie auf ihrer Homepage David Ben-Gurion.

NRW nennt sich „Industrieland NRW“, ist jedoch nichts anderes als ein Bundesland, dessen Energiepolitik gleichzeitig Versorgungssicherheit, Industrie und Naturschutz opfert – im Namen einer beschleunigten „Energiewende“. Die macht vor allem Subventionsempfänger reich.

Ohne Kurskorrektur drohen Nordrhein-Westfalen und ganz Deutschland in eine strukturelle Energiekrise zu rutschen: teurer Strom, unsichere Netze, schrumpfende Industrie. Thomas Mock: „Die Grünen, die sich grün nennen und eine solche Politik machen, sind der Sargnagel des Naturschutzes – und am Ende auch der Industrie in diesem Land.“

Und was behauptet Neubaur: „Schaffen wir grünes Wachstum im Herzen Europas. Die Zukunft NRWs ist klimaneutral, sozial und digital.“ Ohne Strom ist nichts digital. Nicht nur Stahlwerke, sondern auch Rechenzentren benötigen als Stromfresser erhebliche Mengen an Energie. Die gibt es nicht mehr in Neubaur-Land.

Der Beitrag erschien zuerst bei TE hier

Gut gemeinte Brandstiftung Was die schweren Waldbrände dieses Sommers mit dem Klima zu tun haben

geschrieben von Admin | 22. August 2025

Edgar L. Gärtner

Selbstverständlich hängt die Waldbrandgefahr mit dem Klima zusammen, allerdings nicht mit dem fiktiven Weltklima, sondern mit konkreten regionalen Klimata. In den Gebieten mit typischem Mittelmeerklima (regelmäßig sehr trockene Sommer und feucht-milde Winter) gehören Waldbrände sogar zum normalen ökologischen Stoffkreislauf. Zumal dort Pflanzen wie die dornige Zwergeiche *Quercus cocifera* gedeihen, deren Samen erst nach einem Feuer keimfähig werden. Deren sexuelle Vermehrung ist also auf Waldbrände angewiesen. Neben einem schmalen Küstensaum rund ums Mittelmeer gibt es Mittelmeer-Klima auch in Kalifornien, in der Kap-Region Südafrikas und an den Südspitzen Australiens.

Schon vor Jahren haben wir auf dieser Plattform darauf hingewiesen, dass die dem Feuer zum Opfer fallende Waldfläche von Jahr zu Jahr je nach den

jeweils vorherrschenden Niederschlags- und Windverhältnissen enorm schwanken kann. Wenig Einfluss hat hingegen die jeweils erreichte Lufttemperatur von 40°C und mehr. Dann schon eher die mit der Sommerhitze nach langer Regenpause einhergehenden Trockenheit. Und vor allem die starken Winde (Tramontane und Mistral), die zwar unregelmäßig wehen, aber zur Grundausrüstung des südfranzösischen Klimas gehören. In diesem Sommer wehten diese Winde wegen des schlechten Wetters in West- und Mitteleuropa etwas länger als im langjährigen Durchschnitt.

Immerhin hält die Trockenheit in der Region Languedoc zwischen Rhône und spanischer Grenze nun schon Jahre lang an. Der angrenzende südliche Teil des französischen Zentralmassivs, die Cevennen, bekam hingegen reichlich Regen ab. Diese Verschiebung des Niederschlagsmusters hat wahrscheinlich mit der Ablösung der Westwinddrift durch ein meridionales Muster der Windströmungen und somit mit dem Wechsel der nordatlantischen Meereszirkulation zu tun, aber wenig bis nichts mit der Entwicklung der globalen Durchschnittstemperatur. Dennoch versuchten staatsabhängige Forscher und Massenmedien ihr ahnungsloses Publikum glauben zu machen, die Erderwärmung sei die Hauptursache großflächiger Waldbrände.

In Spanien und Portugal sollen die Flammen bis Mitte August schon an die 100.000 Hektar Wald und Heide samt den davon umschlossenen menschlichen Siedlungen verschlungen haben. Ein Feuerwehrmann kam dabei ums Leben. Besonders schwer betroffen scheint die spanische Provinz Kastilien-Leon. Deren Einwohner werfen ihren Behörden vor, zu wenig in die Waldbrandvorsorge investiert und die Anschaffung schweren Löschgeräts vorgezogen zu haben, um bei den Wählern mehr Eindruck zu schinden. Im mediterranen Nachbarland Frankreich muss man bis in die 1970er und frühen 80er Jahre zurückgehen, um vergleichbar traurige Meldungen über die Waldbrandstatistik zu finden. Nach einer Kommission des französischen Senats gehen im langjährigen Mittel 90 Prozent aller Waldbrände auf menschliche Aktivitäten zurück. Hauptursache der Flächenbrände waren in den 1960er und 70er Jahren nach Angaben der zuständigen Staatsanwälte gezielte Brandstiftungen, um in attraktiven Gegenden Bauland für Luxusvillen und Feriensiedlungen zu schaffen. Doch damit ist infolge einer Gesetzesänderung inzwischen Schluss. Man bekommt in Frankreich auf abgebrannten Waldflächen nur in sehr seltenen Ausnahmen eine Baugenehmigung. Dafür gibt es heute neue Anreize für Spekulationen.

Anfang August 2025 fielen dem Feuer im Département Aude zwischen Narbonne und Carcassonne innerhalb von zwei Tagen nicht weniger als 17.000 Hektar Wald- und Buschland zum Opfer. Es handelt sich dabei überwiegend um nicht bewirtschafteten lichten Kiefern- oder immergrünen Eichenwald mit Dornengestrüpp als Unterholz, bekannt als „Garrigue“. In eine schwarze Mondlandschaft verwandelt wurden aber auch etwa 2.000 Hektar Kulturland. Es gab mindestens ein Todesopfer. Hinzu kommen mindestens 5.000 Hektar frisches Brachland, das mit trockenem Gras und anderen z.T. mannshohen Pionierpflanzen bewachsen war. Diese Brachflächen brennen wie Zunder und gelten bei den Einheimischen als Luntten für Flächenbrände und wurden daher bisher weitgehend vermieden.

Entstanden sind diese Brachflächen erst seit dem letzten Jahr, weil die Pariser Regierung, um das Überangebot auf dem Weinmarkt zu reduzieren, in Absprache mit der Brüsseler Kommission die Zahlung attraktiver Prämien für die Rodung von Rebflächen ausschrieb: Wer Weinstöcke ausreißt und die Rebfläche mindestens sechs Jahre lang brachliegen lässt, bekommt je Hektar 4.000 Euro Entschädigung aus einem EU-Fonds, mit dem negative Folgen des Ukraine-Krieges für Landwirte kompensiert werden sollen. Auch in anderen Départements, die vom Weinbau geprägt sind, wurden Rodungsprämien in vergleichbarer Höhe ausgeschrieben. Die betroffenen Winzer nennen diese kurzfristig lukrative Selbstmordaktion „Arachage Ukraine“. Immerhin gibt es dabei eine Obergrenze von 280.000 Euro je Weinbaubetrieb. Es gab aber wohl etliche Betriebe, die wegen der Absatzflaute auch Flächen rodeten, für die sie nicht entschädigt wurden. Deshalb ist die seit 2024 gerodete Fläche wahrscheinlich erheblich größer als die angegebenen 5.000 Hektar.

Eile war geboten. Bis zum 13. November 2024 mussten die Anträge auf Entschädigung bei den zuständigen Behörden eingegangen sein. Bis zum 4. August 2025 mussten die Winzer die Rodungen beim Zollamt nachweisen. Es gab einen Wettlauf um die Prämien. Obwohl ihnen höchstwahrscheinlich bewusst war, dass sie damit die von Brüssel gewollte Abwicklung der herkömmlichen Landwirtschaft in Frankreich und ganz Westeuropa beschleunigten, beteiligten sich fast alle in Frage kommenden Winzer an dem Wettlauf. Zu verlockend war die Aussicht, sich mit der Rodungsprämie ein renoviertes Haus, einen Swimming Pool oder ein neues Auto leisten zu können. Verdrängt wurde dabei die schon länger bekannte Tatsache, dass Weinberge in der bewaldeten Region eine wichtige Rolle als Riegel gegen die Ausbreitung von Waldbränden spielen und die Schönheit der Landschaft prägen. Gepflegte Weinberge gelten nicht von ungefähr seit dem Mittelalter als Inbegriff der Kulturlandschaft.

Nur wenige Gewächse des Languedoc gelten allerdings als edel. Insofern ist es verständlich, dass die Aufgabe von Weinbergen vielen nicht leidtut. Ideal wäre es, für die Brachflächen eine Nutzungsform zu finden, die in ökologischer und ästhetischer Hinsicht dem Weinbau zumindest gleichkommt. Doch das Gegenteil scheint sich anzubahnen. „Rein zufällig“ decken sich die in diesem August abgebrannten Flächen mit projektierten riesigen Solarparks. Denn es gibt im Languedoc an etwa 300 Tagen im Jahr Sonne satt. Dabei würde die grüne Landschaft so weit das Auge reicht durch glitzernde Scheiben ersetzt.

Bislang hat sich die örtliche Bevölkerung erfolgreich gegen diese überflüssige, aber profitable, weil politisch korrekte Verunstaltung ihrer Heimat gewehrt. Aber nun sind diese Flächen verkohlt und scheinbar frei für unbeliebte Nutzungen. Da liegt der Verdacht nahe, dass da jemand von der grünen Solarmafia nachgeholfen hat. Tatsächlich nimmt die zuständige Staatsanwaltschaft in Montpellier den Verdacht ernst, dass die Feuersbrunst, die am 5. August entlang der Départementalstraße 212 zwischen den Gemeinden Ribaute und Langrasse ausgebrochen ist, „eine kriminelle Ursache hat“.

Ein Alarmbrief an den Kanzler

geschrieben von Admin | 22. August 2025

von Peter Würdig

Und es ist wirklich Alarm:

denn „noch nie waren so viele gute Arbeitsplätze bedroht!“ Darüber berichtete jetzt Merkur: Energie-Alarmbrief erreicht Merz: „Nie waren so viele gute Arbeitsplätze bedroht“ Nun, das ist wirklich keine überraschende Nachricht, denn die De-Industrialisierung ist seit einiger Zeit voll im Gange. Deutschland ist trauriger Spitzenreiter, was die Höhe des Strompreises betrifft, und da der Preis für elektrische Energie in vielen Produkten der Industrie (und auch des Mittelstandes) eine wichtige Rolle spielt, können viele Firmen mit der Konkurrenz des Auslands nicht mehr mithalten. Besonders aus den kriselnden Industrie-Branchen kommt jetzt massive Kritik. So meldeten sich nun die Arbeitnehmervertreter der ostdeutschen Chemie- und Stahlindustrie zu Wort. Beide Branchen stecken seit längerem im deutschen Rezessions-Dilemma fest.

Das falsche Rezept.

Für die Politik ist das kein neues Problem, und nun versucht es die Bundesregierung unter Kanzler Merz mit der Senkung der Stromsteuer für die Industrie. Wenn wir eine Situation hätten, dass auf einem angemessenem Netto-Preis für elektrische Energie eine viel zu hohe Steuer läge, dann wäre das eine richtige Maßnahme. Tatsächlich ist die Situation jedoch genau umgekehrt: es sind eben nicht zu hohe Steuern, die sind ja vergleichsweise angemessen, denn dass Verbrauchsgüter mit Steuern belegt sind, ist ganz normal, die Leistungen der staatlichen Verwaltung müssen ja bezahlt werden. Tatsache ist jedoch leider, dass der Preis von Strom vor Steuern schon viel zu hoch ist, das hat man mit der Energiewende geschafft. Damit ist das jetzige Verfahren, das ja auch noch für eine heftige Diskussion gesorgt hat, da die privaten Haushalte nicht entlastet werden sollen, nur ein Placebo-Effekt. Und nun äußern sich die Vertreter der Branchen deutlich: Die Pläne des Merz-Kabinetts, Unternehmen im Bereich der gestiegenen Energiepreise zu entlasten, gehen ihnen ganz klar nicht weit genug. Dies geht aus einem Brandbrief hervor, in dem sich die Vertreter der ostdeutschen Stahl- und Chemieindustrie direkt an den Bundeskanzler gewendet haben. Um an den Kern der Problems heranzugehen fehlt der Politik offensichtlich der Mut und auch die

Kraft. Es kommt ein Weiteres hinzu: wenn Steuern gesenkt werden stellt sich die Frage der Gegenfinanzierung, welche Leistungen der Verwaltung sollen gekürzt werden, oder sollen noch höhere Schulden aufgenommen werden ?

Energiewende misslungen ?

Die Branche spart in ihrem Brandbrief nicht mit deutlichen Formulierungen. Der im Kabinett beschlossene Booster geht den Unternehmen nicht weit genug. Man wolle „keine Subventionen nach Gutsherrenart, sondern vernünftige Rahmenbedingungen“. Die Energiewende an sich wird im Brief als „bislang gründlich misslungen“ bezeichnet.

Kann man die Energiewende wirklich als „gründlich misslungen“ bezeichnen ? Das hängt davon ab, was mit der Energiewende bezweckt werden soll. Wenn der Zweck der Energiewende ist, dass sich die Besitzer von großen Flächen, also die Windmühlenbarone, die Taschen stopfen können für eine Leistung, die im freien Markt niemand freiwillig abnehmen würde, dann muss man die Energiewende als hervorragend gelungen bezeichnen. Sollte damit jedoch eine preiswerte Energie-Versorgung für ein Industrieland gemeint gewesen sein, dann hätte man das ja auch ganz anders anfangen müssen, nicht mit dem EEG und einer ausufernden Planwirtschaft, sondern zunächst ein Versuch im Kleinen, wie z.B. mit dem Projekt „Smart region Pellworm“, EIKE hatte darüber berichtet, hier: Vom Winde verweht – die Pellworm-Pleite, lebendige Eindrücke aus einer „Smart region“ – EIKE – Europäisches Institut für Klima & Energie und hier: Wenn schon pleite, dann aber richtig ! Ein Nachruf auf die „Smart region Pellworm“ – EIKE – Europäisches Institut für Klima & Energie Man hätte diese Ergebnisse auswerten müssen statt das dann alles unter den Teppich zu kehren, da schon der Versuch für eine kleine Insel gründlich misslungen war.

Wie geht es weiter ?

Nun müssen wir leider erwarten, dass die Energiewende weiter noch gründlicher misslingen wird, denn der weitere Ausbau von Windmühlen und PV-Anlagen geht ungehemmt weiter, was im Brandbrief auch deutlich kritisiert wird. Tausende von Windkraftanlagen und PV-Anlagen sind errichtet worden, wofür Subventionen von vielen Milliarden aufgebracht worden sind. Allerdings, keine einzige dieser Anlagen ist in der Lage, Energie verbrauchsgerecht zu liefern. Für jede dieser Windmühlen oder „Balkon-Kraftwerke“ braucht man ein Backup-Kraftwerk, das die wetterabhängig schwankende Erzeugung sekundengenau ausgleicht. Die letzten drei noch verbliebenen Kernkraftwerke, die für diese Aufgabe hervorragend geeignet waren, wurden unter der Regierung Scholz abgeschaltet und dann zerstört. Das Kraftwerk Moorburg in Hamburg, eines der modernsten Kohlekraftwerke, wurde jüngstens abgeschaltet und abgerissen, und die noch verbliebenen Kohlekraftwerke sollen ebenfalls abgerissen werden. Für die dann fehlende

Grundlast-Versorgung sollen Gaskraftwerke mit einer Leistung von bis zu 20 GW errichtet werden, und nicht nur der Aufbau dieser Werke erfordert Subventionen ohne Ende, niemand weiß auch bisher, wo das Gas dafür herkommen soll und was das kosten wird. Eine wirkliche Entlastung können Industrie, Mittelstand und private Verbraucher nicht erwarten, es kommen im Gegenteil immens steigende Kosten auf uns zu.

Der nächste Heizungs-Schlag

geschrieben von Admin | 22. August 2025

Wer glaubte oder hoffte, mit Habecks Abgang sei der Spuk des „Heizungsgesetzes“ vergangen, hat sich gründlich getäuscht. Jetzt ist der nächste Irrsinn in Arbeit, die „Dekarbonisierung der Fernwärme“.

von Dr. Klaus-Dieter Humpich

Was für den Marxisten die „Klassenfrage“, ist für die CDU/CSU – und alle anderen Anhänger von *Unsere Demokratie* – der „menschengemachte Klimawandel“. Beides Irrlehren, die lediglich dem eigenen Machterhalt dienen. Schien nun der „Grüne Wasserstoff“ gerade als unverkäuflich, ist der nächste Irrsinn in Arbeit, die „Dekarbonisierung der Fernwärme“.

Fernwärme – der Transport von einer Zentrale zu den Wohnhäusern – ist beileibe kein neuer Gedanke. Es begann in den USA schon am Ende des 19. Jahrhunderts. Damals war der Transport der Kohle (Heizöl und Erdgas gab es noch nicht) und Asche das unmittelbare Problem. In Chicago hatte man sogar eine eigene U-Bahn für diesen Zeck unterhalten. Der Transport von heißem Wasser bzw. Dampf war die weitaus elegantere Lösung. Außerdem führte die kontrollierte Verbrennung in einer zentralen Kesselanlage gegenüber zahlreichen einzelnen Feuerstätten zu einer erhebliche Verbesserung der Luftqualität.

In den 1920er Jahren ging man in Berlin, Hamburg, München usw. noch einen Schritt weiter: Da auch der Stromverbrauch in den wachsenden Städten zunahm, baute man Kraftwerke in deren Nähe. Dort wurde die Abwärme der Stromerzeugung in das örtliche Fernwärmenetz eingespeist. Damit war das non plus ultra der „Energieerzeugung“ erreicht. Durch ständige Nachrüstung der Kraftwerke mit Abgasreinigungsanlagen waren bald die Abgase sauberer als die angesaugte Stadtluft. Kohle war ein heimischer Rohstoff und ließ sich für Monate bevorraten.

Für kleinere Städte kamen BHKW (Blockheizkraftwerke) auf der Basis von Motoren oder Gasturbinen infrage. Allerdings erfordern diese Heizöl oder Erdgas als Brennstoff. Üblich ist auch das Einsammeln von Abwärme aus der Müllverbrennung und manchen industriellen Prozessen (Chemie, Stahl etc.). Ausschlaggebend für die notwendigen Investitionen und die Technik ist die Vorlauftemperatur im Netz. Einerseits kann man um so mehr Wärmequellen mitnehmen, desto geringer die Temperatur ist, andererseits werden die notwendigen Rohre dicker und die Investitionen steigen.

Als sinnvoll haben sich maximale Temperaturen (am kältesten Tag) von 110°C bei reiner Heizung und 150°C für eine eventuelle Kälteerzeugung (Klimaanlagen) seit Jahrzehnten bewährt. Niedrigere Temperaturen werden zwar immer wieder vorgeschlagen, sind aber weder wirtschaftlich noch praktikabel. Geradezu albern ist die Abwärmenutzung von Rechenzentren. Die Computer fordern möglichst geringe Temperaturen zur Leistungssteigerung. Solch geringe Temperaturen könnte man höchstens in einem angrenzenden Neubau (Fußboden- und Wandheizung) verwenden.

Ein weiterer technischer Zombie ist die Erdwärmenutzung in Deutschland – immer wieder neu verkauft, aber auch immer wieder stillgelegt. Ebenso die geliebte „Großwärmepumpe“. Damit sie nicht zur rein elektrischen Heizung degeneriert, braucht sie eine Wärmequelle mit möglichst hoher Temperatur im Winter (Meer, Fluss, See) und möglichst milde Winter (geringe Vorlauftemperaturen).

Der nächste Weg in den Ruin

Wenn man die Studie zur Preisregulierung von Fernwärme des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie liest, kann einem nur angst und bange werden. Sie beginnt mit dem Glaubensbekenntnis *„Deutschland hat sich das Ziel gesetzt, bis 2045 klimaneutral zu werden.“* Warum und wieso bis 2045, wird nicht erklärt. Aber es wird messerscharf gefolgert: *„Bis 2045 soll sich demnach die Zahl der Fernwärmeanschlüsse in Deutschland in etwa verdreifachen. Das geht mit enorm hohen Investitionen einher.“* Eigentlich ist damit schon alles gesagt. Ein Wachstum um 300 Prozent in nur zwanzig Jahren bei einer ausgereiften Technik ist mehr als unwahrscheinlich – auf jeden Fall aber unwirtschaftlich, sonst wäre es schon lange geschehen.

Allerdings gibt es einen entscheidenden Unterschied zu den Träumen vom „grünem Stahl“: Die Stahlindustrie kann abwandern, wir nicht. Hier findet ganz unverschämt ein Angriff auf unsere Portemonnaies statt. Wer nicht zahlen kann, wird zwangsgeräumt! So ist das halt im schönsten Deutschland aller Zeiten.

„Insbesondere der Ausbau der Fernwärmenetze sollte deshalb weiterhin durch öffentliche Mittel unterstützt werden, da die Abschreibungs- und Nutzungszeiträume den Finanzierungszeitraum bei Weitem überschreiten. Würden sämtliche Investitionskosten vollständig an die jeweiligen Netzkundinnen und -kunden weitergegeben, würde das die Bezahlbarkeit der

Wärmeversorgung für einen wesentlichen Teil der Haushalts- und Gewerbetunden stark gefährden.“

Wie weit sich diese Regierung schon von der Marktwirtschaft entfernt hat, hätte man uns nicht deutlicher mitteilen können. „*Öffentliche Mittel*“ müssten auch vorher durch Enteignung von uns allen eingetrieben werden. Auch im 3. Sozialismus hintereinander wird mit Sicherheit kein Geld auf Bäumen wachsen. Typen wie Klingbeil haben auf alles die immer gleiche Antwort: „*Aufgrund der absehbar hohen notwendigen Investitionen sind neue Finanzierungsmöglichkeiten für die Fernwärmetransformation zu prüfen, um sozialverträgliche Fernwärmepreise zu ermöglichen.*“ Noch mehr Staatsverschuldung, damit die Party (kurzfristig) weiterlaufen kann? Leute, diesmal gibt es kein Beitrittsgebiet. Diesmal wird die Suppe allein ausgelöffelt.

In Deutschland werden derzeit mehr als zwei Drittel der Fernwärme aus Kohle und Erdgas erzeugt. Weniger als 30 Prozent aus Biomasse und Abwärme. Wie leichtfertig in *Unsere Demokratie* Gesetze zusammengeschustert werden, zeigt der §29 des Wärmeplanungsgesetzes, in dem ein Anteil von „*mindestens 30 Prozent aus erneuerbaren Energien, unvermeidbarer Abwärme oder einer Kombination*“ bis zum 1. Januar 2030 bzw. mindestens 80 Prozent bis 2040 vorgeschrieben wird. Wo sollen denn in so kurzer Zeit die Biomasse, die Flüsse etc. bereitgestellt werden? Gar nicht von den nötigen Kesseln und Wärmepumpen zu reden. Ganz nebenbei wäre das auch das Ende der Kraft-Wärme-Kopplung in Deutschland.

Wie viel Ideologie und Wunschdenken vorausgesetzt werden muss, steht im Klimaschutzgesetz. Danach muss die Jahresemissionsmenge von 118 Millionen Tonnen CO₂ im Jahr 2020 auf 70 Millionen Tonnen 2030 bei den Gebäuden gesenkt werden. Wir erschaffen uns also in den nächsten fünf Jahren völlig neue Städte, um das Ziel einer Absenkung auf 59 Prozent zu erreichen. Gleichzeitig wollen sie auch noch 400.000 Wohnungen pro Jahr zusätzlich bauen. Respekt, solche Fünf-Jahres-Pläne hätte sich nicht einmal Erich Honecker getraut.

Der Finanzbedarf

Die Studie geht davon aus, dass bis 2045 die Zahl der angeschlossenen Wohngebäude um 177 Prozent von 1,3 Millionen auf 3,6 Millionen ansteigt. Dadurch soll die Wärmenachfrage (nur) um 51 Prozent zunehmen, denn vorher werden ja alle Gebäude saniert. Wunschdenken auch hier. Der Investitionsbedarf wird hierfür mit 43,5 Milliarden Euro bis 2030 und weiteren 74 Milliarden Euro bis 2045 abgeschätzt. 60 Prozent der Investitionen sollen dabei auf das Rohrnetz und 40 Prozent auf „*klimafreundliche Erzeugungsanlagen*“ entfallen. Hinzu kommen natürlich noch die Modernisierungskosten für die Mieter. Absehbar würden die Nebenkosten die eigentliche Miete drastisch übersteigen. Werden wir also ein Volk von Obdachlosen?

Wie immer erschallt der Ruf nach Subventionen. Diesmal gleich in

vier Modulen:

1. Transformationspläne und Machbarkeitsstudien,
2. Systemische Förderung für Neubau und Bestandsnetze,
3. Einzelmaßnahmen und
4. Betriebskostenförderung

Für all das sollen knapp 3 Milliarden Euro im Haushalt 2026 zur Verfügung gestellt werden.

Wie es die Anderen machen

Kein Fernwärmenetz kann ad hoc ausgebaut werden. In unseren Städten sind die Straßen bereits voll mit Leitungen. Jede zusätzliche Leitung erfordert umfangreiche Planung, Abstimmung mit anderen Versorgern und Umverlegungen. Allein die Kosten für den Straßenbau sind nur vertretbar, wenn ohnehin eine Sanierung ansteht. Private Unternehmen haben deshalb immer einen stetigen Ausbau ihrer Netze vorgenommen. Jede Investition muss sich rechnen. Kommunale Betriebe setzen meist auf eine Mischkalkulation. Geht die Kalkulation nicht auf, muss halt der Steuerzahler ran. Oft auch in der Form erhöhter Abgaben (z.B. Parkgebühren, Müllabfuhr usw.).

Interessant ist auch ein Blick ins Ausland. Dort ist man oft viel weiter, weil man mit dem Ausbau spätestens nach der Ölkrise 1976 angefangen hat. Meistens hat man auch nicht nur auf Erdgas als Energieträger gesetzt. Gerade in „den fünf neuen Ländern“ hat man mit großem Aufwand flächendeckend ein Gasnetz neu aufgebaut, welches man nun wieder abreißen will. In den Ländern, in denen man konsequent bei Kohle geblieben ist, hat man jetzt einen gewissen Vorteil. Man geht die Umstellung (direkt) auf Kernenergie an. So sind z.B. in den skandinavischen Ländern kleine Heizreaktoren in Vorbereitung. Sie verbinden ideal Versorgungssicherheit, Umweltschutz und Kosten miteinander.

***Dr. Klaus-Dieter Humpich** studierte Maschinenbau und Energie- und Verfahrenstechnik mit Schwerpunkt Kerntechnik, bevor er zehn Jahre am Institut für Kerntechnik in der Technischen Universität Berlin arbeitete. Seit 20 Jahren ist er freiberuflich im Bereich Energietechnik tätig. Dieser Beitrag erschien zuerst auf seinem Blog.*